BERATUNGSSTELLE

FRAUEN NOTRUF

FRANKFURT AM MAIN

Tätigkeitsbericht 2009

INHALT

Vorwort – Genauer Hinsehen bei sexueller Gewalt 3

Frauennotruf Frankfurt. Kompetente Beratung in der Krise 4

Gewalt kann alle Frauen treffen. Zwei aktuelle Studien untersuchen sexuelle Gewalt und deren Folgen 5

- **Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: „Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen“** 5
- **Studie des Robert Koch Instituts: „Gesundheitliche Folgen von Gewalt“** 6

Digitale Gewalt – Tatort neue Medien. Belästigungen und Angriffe mittels neuer Medien sind weit verbreitet 7

Fachbeitrag: Polizeiliches Handeln im Problemfeld „Digitale Gewalt“ 9

Spurensicherung nach sexueller Gewalt 10

Die Außendarstellung – Sexuelle Gewalt nicht ausblenden 11

Ausblick – Hohe Ziele für 2010 12

Zahlen und Fakten 2009 13

Helfen Sie Frauen und Mädchen in Gewaltsituationen 16

Die Beratungsstelle Frauennotruf wird durch die Stadt Frankfurt am Main/Jugend- und Sozialamt und das Hessische Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit gefördert.

Impressum

Beratungsstelle Frauennotruf Frankfurt
Kasseler Straße 1a, 60486 Frankfurt am Main
Telefon 069 / 70 94 94 – Fax 069 / 79 30 27 95
E-Mail: info@frauennotruf-frankfurt.de
Internet: www.frauennotruf-frankfurt.de

Redaktion: Isabel Seidenabel und Silvia Lenz
WBCO Wöllstein Business Communications GmbH, Frankfurt
Grafik: Bayerl & Ost, Frankfurt
Druck: Druckerei Spiegler, Bad Vilbel

VORWORT – GENAUER HINSEHEN BEI SEXUELLER GEWALT

Für die Mitarbeiterinnen des Frauennotrufs bleibt im Beratungsalltag wenig Zeit für komplexe neue Themen. Es hat sich daher in der Praxis bewährt, die wichtigen Anliegen der betroffenen Frauen in Form von Modellprojekten und kleineren Anträgen bei der Stadt Frankfurt, dem Land Hessen und Stiftungen zu bearbeiten. Die Arbeit in den Modellprojekten ergänzt die Arbeit in der Beratungsstelle, greift Themen auf und sorgt dafür, die von den Betroffenen individuell erlebte Gewalt in gesellschaftlich relevante Zusammenhänge zu bringen. Nur so können Verbesserungen für alle betroffenen Mädchen und Frauen erreicht werden. Es ist uns über mehrere Jahre hinweg gelungen:

- **tatsächlich die medizinische Versorgung von vergewaltigten Frauen und Mädchen zu verbessern und die ärztliche Befundung von Sexualdelikten auf den neuesten Stand zu bringen,**
- **in der Öffentlichkeit Vorurteile abzubauen: z. B. der Wahrnehmung entgegenzuwirken, Gewalt und sexuelle Angriffe seien ein Randphänomen, das ausschließlich Frauen aus bildungsfernen Schichten trifft (unter anderem mit unserer groß angelegten Plakat-Kampagne und einem Kino-Spot),**
- **das Thema „Digitale Gewalt“ in verschiedenen Facetten öffentlich zu machen (beispielsweise mit einem Flyer und einem Spot für Jugendliche, die auf das Thema aufmerksam machen sowie in mehreren Fachdiskussionen).**

Es zeigt sich immer wieder, dass erheblicher Informationsbedarf zu den Themen des Frauennotrufs besteht. Zahlreiche Organisationen und Institutionen suchen den Kontakt zur Beratungsstelle und unsere Kompetenz ist in wissenschaftlichen Beiräten gefragt. Aktuell sind wir tätig:

- im Modellprojekt „Medizinische Intervention gegen Gewalt“ (MIGG) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, www.migg-frauen.de
- im Projekt „Zahnärztliche Versorgung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt gegen Frauen“ der Fachhochschule Fulda, www.fh-fulda.de

Weitere Aufmerksamkeit erhielten wir im vergangenen Jahr für unsere Vorträge und Fortbildungen, unter anderem für die Spanische Botschaft im Rahmen einer bundesweiten Informationskampagne gegen häusliche Gewalt, im Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft, beim Internationalen Deutschen Turnfest und bei einer Fortbildung für Frauenbeauftragte in Wohn- und Arbeitseinrichtungen für lernbehinderte Menschen in Hessen. Aufgrund unserer geringen Mitarbeiterinnenzahl war es leider nicht möglich, alle Anfragen zu Vorträgen und Fachgesprächen wahrzunehmen.

Mit dem vorliegenden Tätigkeitsbericht wollen wir über aktuelle Vorhaben und Entwicklungen im vergangenen Jahr informieren. Wir bedanken uns für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung.

Vorstand und Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle Frauennotruf

FRAUENNOTRUF FRANKFURT
KOMPETENTE BERATUNG IN DER KRISE

Die Beratungsstelle Frauennotruf Frankfurt berät seit fast 30 Jahren Frauen und Mädchen konkret, schnell und kostenlos.

Ökohaus, Sitz des Frauennotrufs Frankfurt

Frauen und Mädchen, die von sexualisierter, körperlicher oder digitaler Gewalt betroffen sind, erhalten in unserer Einrichtung umfassende Beratung, kompetente Unterstützung in der Krise und Hilfe bei der Klärung und Bewältigung des Erlebten.
Auch Angehörige, Freundinnen und Freunde, Vertrauenspersonen, Fachkräfte, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Personalverantwortliche und Betriebsräte können sich an die Beratungsstelle wenden.
Die Nutzerinnen der Beratungsstelle erwarten ein hohes Maß an Professionalität von den Mitarbeiterinnen. Die Frauen befinden sich aufgrund der Gewalterfahrung häufig in einer schwierigen Lebenssituation. Sie sind auf korrekte und umsetzbare Informationen angewiesen, die insbesondere den Rechtstatsachen entsprechen. Die Beratungsstelle legt daher besonderen Wert auf ständige Fortbildungen, um neueste juristische Änderungen und Erkenntnisse aus der Traumaforschung, aus Psychologie und Neurobiologie mit in die Beratungspraxis einfließen zu lassen. Ihre interkulturelle Kompetenz entwickeln die Mitarbeiterinnen in Fortbildungen und Praxisreflexion ständig weiter.
Alle Mitarbeiterinnen haben langjährige Beratungserfahrung. Sie arbeiten unter Supervision, unterstützt von einem ehrenamtlichen Fachgremium aus Psychologinnen und Juristinnen. Dolmetscherinnen stehen für die Beratung mit gehörlosen Frauen und Frauen mit geringen Deutschkenntnissen zur Verfügung.
Die Beratungsstelle Frauennotruf Frankfurt wird durch einen mildtätigen Verein unterhalten. Dieser ist autonom und nicht an eine Partei oder Konfession gebunden.
Das Land Hessen unterstützt unsere Beratungsstelle seit 1984 mit einem Honorar- und Sachkostenzuschuss. Die Stadt Frankfurt fördert den Frauennotruf seit 1989 umfangreich mit einem Personal- und Sachkostenzuschuss.
Ihre Unterstützung ist uns willkommen – wir sind für jede Spende dankbar.
Aktuelle Informationen zu unseren Vorhaben finden Sie unter
www.frauennotruf-frankfurt.de.

GEWALT KANN ALLE FRAUEN TREFFEN. Zwei aktuelle Studien untersuchen sexuelle Gewalt und deren Folgen

Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: „Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen“

Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung sind nicht nur Frauen aus bildungsfernen Schichten Opfer von Vergewaltigung und schwerer Körperverletzung. Die Ende 2008 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlichte Studie „Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen“ (Berlin 2008) bestätigt erstmalig in Deutschland, die von uns seit vielen Jahren belegten Erfahrungen: alle sozialen Schichten und Altersgruppen sind von sämtlichen Formen von Gewalthandlungen betroffen.
Die Studie verdeutlicht, dass auch Frauen in mittleren und gehobenen sozialen Schichten häufig Opfer von Gewalt werden. Diese Frauen bleiben im Hilfesystem allerdings noch immer weitgehend unsichtbar. Professionelle Hilfe erreicht sie oft nicht ausreichend.

Seit vielen Jahren haben wir diese Frauen im Blick: Unsere Angebote und Informationen sind so gestaltet, dass wir Frauen aller Schichten ansprechen.

Dialogkampagne 2006

Die Studie differenziert bei der Erfassung von Gewalt zwischen:

- leicht bis mäßig schweren Übergriffen, beispielsweise wütendes Wegschubsen/leichte Ohrfeige (26% der analysierten Situationen)
- tendenziell schweren Gewalthandlungen, beispielsweise schmerzhaftes Treten, heftiges Wegschleudern (45%) und
- sehr schweren bis lebensbedrohlichen Gewalthandlungen, beispielsweise Faustschläge, Würgen, Verbrühen sowie Verletzen und Bedrohen mit einer Waffe (28%).

Die befragten Frauen stuften eine vollendete gleichermaßen wie eine versuchte Vergewaltigung als schwere Gewalthandlung ein. 30 Prozent der betroffenen Frauen gaben an, in den Situationen sexueller Gewalt Angst gehabt zu haben, ernsthaft oder lebensgefährlich verletzt zu werden.
Erstmalig weist die Studie verschiedene Schweregrade psychischer Gewalt und die damit einhergehenden seelischen und gesundheitlichen Belastungen nach. Diese werden auch in unseren Beratungen von Betroffenen als besonders schwerwiegend eingeordnet.
Die Empfehlung der Studie lautet: Frauen, die Opfer von psychischer Gewalt sind, gezielter mit Hilfsangeboten anzusprechen und stärker zu unterstützen. Ebenfalls wird eine frühzeitig einsetzende Präventionsarbeit für Frauen, die bislang leichteren Gewaltformen ausgesetzt sind, dringend angemahnt.

Die Studie bestätigt die Notwendigkeit der in den vergangenen Jahren von der Beratungsstelle entwickelten Konzepte und veröffentlichten Materialien.

Studie des Robert Koch Instituts: „Gesundheitliche Folgen von Gewalt“

Die „Gesundheitsberichterstattung des Bundes“ (Hrsg. Robert Koch Institut und Statistisches Bundesamt, Berlin 2008) stellt die dramatischen gesundheitlichen Folgen dar, mit denen Opfer von physischer, psychischer und sexueller Gewalt zu kämpfen haben. Frauen, die seit dem 16. Lebensjahr körperlichen Übergriffen, sexueller oder psychischer Gewalt ausgesetzt waren, äußerten deutlich mehr körperliche oder psychische Beschwerden (z. B. Kopf- oder Bauchschmerzen, Magen-/Darmprobleme, Zittern, Nervosität, Schwindel, Atemprobleme, Blutdruckschwankungen, Unterleibsschmerzen etc.).
Nach der Analyse konsumierten Betroffene von Gewalt signifikant häufiger und mehr Tabak sowie Alkohol. Die Studie benennt den Konsum von Alkohol, Drogen oder psychotropen Medikamenten als Versuch, die psychischen Belastungen zu bewältigen. Zudem kommt es häufiger zu selbstverletzendem Verhalten (z. B. Hautritzen). Die Frauen sind darüber hinaus stärker sozial isoliert und benennen häufiger Defizite und Probleme in ihren sozialen Beziehungen.
Die Studie zeigt auf, dass erlebte Gewalt auch deutliche Auswirkungen auf die reproduktive Gesundheit hat (zum Beispiel Komplikationen bei Schwangerschaft/Geburt und Unterleibsoperationen). Durch Gewalt verursachte Schwangerschaftskomplikationen sind ebenfalls durch internationale Studien belegt. Zu den Folgen gehören Fehl- und Frühgeburten, Schwangerschaftsabbrüche und Zyklusstörungen.
Die Studie bestätigt die Schlüsselposition des Gesundheitssektors. Prävention, Fortbildung für die Fachkräfte und der Abbau von Barrieren seitens der Behandelnden sind gefordert. Das Nichterkennen von Gewalt wird als wesentlich für die derzeitige Fehlversorgung einer großen Patientinnengruppe gesehen.

Auch bei der gesundheitlichen Versorgung gewaltbetroffener Frauen hat die Beratungsstelle in den vergangenen Jahren wegweisende Verbesserungen eingeleitet.

DIGITALE GEWALT – TATORT NEUE MEDIEN

Belästigungen und Angriffe mittels neuer Medien sind weit verbreitet

Illustration: N. Behle

Die finanzielle Unterstützung durch das Frankfurter Frauenreferat ermöglichte es der Beratungsstelle Frauennotruf, die Präventionsarbeit im Bereich „Digitale Gewalt“ 2009 erfolgreich weiter zu entwickeln.
Um das Thema umfassend zu behandeln, kooperierten wir mit **Schulen, städtischen Ämtern und Fachleuten bei Justiz und Polizei.**
Es fanden zwei Fachkonferenzen statt, eine davon im Polizeipräsidium zusammen mit dem für Internet-Kriminalität zuständigen Fachkommissariat 35. So konnten wir mit Vertreterinnen und Vertretern der Staatsanwaltschaft, der Amtsanwaltschaft, der Kriminalpolizei, des Stadtschulamtes, des Jugend- und Sozialamtes, von zwei Beratungsstellen für Jugendliche, sowie der Jugendkoordinatoren der Polizei und der Rechtsanwaltschaft Erfahrungen austauschen und Vorgehensweisen abstimmen. In der Zusammenarbeit wurde deutlich, dass neben der Sensibilisierung vor allem die Vermittlung praktischer und konkreter Maßnahmen in Fällen „Digitaler Gewalt“ notwendig ist.
Um insbesondere auch Jugendliche für das Thema zu sensibilisieren, wurde ein Informations-Flyer entwickelt. Eine **umfangreiche Recherche** zum Thema „Digitale Gewalt“ ergab, dass bundesweit kein vergleichbares Informations- und Präventionsmaterial zum Thema „geschlechtsspezifische Bedrohungen mittels neuer Technologien“ vorliegt.
Der Flyer ermutigt zu verantwortungsvollem Umgang mit neuen Medien, weist auf Gefahren hin, ohne die Medien zu verteufeln. Er zeigt auf, welche Rechtsgrundlagen gelten und wie gezielte und unüberlegte Handlungen manchmal zu schwerwiegenden Konsequenzen führen.
Die Werbeagentur Young & Rubicam sowie zwei Studierende der FH Wiesbaden unterstützten uns dabei, den sehr umfangreichen Text für den **Informations-Flyer** in ein übersichtliches, ansprechendes Layout zu bringen.

Plakate, Flyer und Buttons der Schulhofaktionen

Der Flyer wurde von den Jugendlichen sehr gut angenommen. Bereits im Februar 2010 war die Auflage von 50.000 Exemplaren vergriffen.
Um den Informationsbedarf in Schulen direkt vor Ort aufzugreifen, initiierte der Frauennotruf eine **Schulhofaktion**. Das Team verteilte den Flyer und Buttons „Gegen digitale Gewalt“ in den Pausenhöfen von vier Schulen verschiedener Schulformen in unterschiedlichen Frankfurter Stadtteilen.

Schulhofaktion im Oktober 2009

Sowohl die Flyer als auch die Give-Aways kamen bei den Schülern ausgesprochen gut an. Die Buttons waren schnell vergriffen und der Flyer war Anlass für zahlreiche Diskussionen auf den Pausenhöfen. Wir kamen unkompliziert ins Gespräch. Fast alle Schülerinnen und Schüler berichteten, über ein eigenes Handy zu verfügen. Die meisten gaben an, regelmäßig im Internet zu sein, einige hatten bereits eigene Einträge in sozialen Netzwerken. Fast alle kannten Fälle von Mädchen und Jungen, die in Schwierigkeiten geraten waren, weil persönliche Daten und Fotos von ihnen im Internet zu finden sind, die oftmals nicht selbst eingestellt wurden. Vor allem war die Rede von Beleidigungen, Beschimpfungen und Bedrohungen. Auf Nachfrage stellte sich heraus, dass sich keiner der bedrohlichen Vorfälle für die Betroffenen restlos klärte und dass sich die Täter kaum verantworten mussten.
Lehrerinnen und Lehrer brachten ihre Sorge um den bedenkenlosen Umgang der Schülerinnen und Schüler mit den neuen Medien zum Ausdruck. In einer fünften Schule hielt der Frauennotruf eine Fortbildung für das Lehrerkollegium.
Den Flyer erhielten alle anderen Schulen in Frankfurt (mit Ausnahme der Grundschulen) Anfang November über das Stadtschulamt. Ebenso bekamen alle städtischen Jugendeinrichtungen und die Jugendeinrichtungen in freier Trägerschaft die Flyer mit Unterstützung des Jugend- und Sozialamts der Stadt Frankfurt. Die aufwändige Logistik leistete die Beratungsstelle.
Im Vorfeld zur Schulaktion konnte der Frauennotruf bereits im Frühjahr den für die Beratungsstelle pro bono entwickelten **Spot „Folgenschwer“** veröffentlichen. Auch dieser Spot behandelt die Thematik „Digitale Gewalt“. Sie finden ihn unter **www.frauennotruf-frankfurt.de** oder auf **www.youtube.de**.

Illustration: N. Behle

FACHBEITRAG: POLIZEILICHES HANDELN IM PROBLEMFELD „DIGITALE GEWALT“

Matthias Forstner, Kriminalhauptkommissar, Leiter des K 35 (Internetkriminalität, DV-Beweissicherung) im Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Neue Medien wie Internet und Mobilfunk gewinnen in allen Bevölkerungsschichten zunehmend an Bedeutung. Neben vielen Vorteilen, die sie bieten, wie z. B. schnelle Information und Kommunikation, steigen allerdings auch die Rechtsverletzungen, die mithilfe dieser Kommunikationsmittel begangen werden. Gerade der Umgang mit persönlichen Daten zeigt sich hier als besonders problematisch. Nicht selten stellen Internetnutzer freizügige Fotos von sich ins Internet, verraten ihren vollständigen Namen, ihre Anschrift und ihre Telefonnummer. Diese Daten bieten Angriffspunkte für mögliche Missbräuche.

Das deutsche Recht bietet eine Vielzahl von Strafbestimmungen, um gegen die missbräuchliche Nutzung „Digitaler Medien“ vorzugehen. Viele Opfer zeigen jedoch aus Angst, Scham und Hilflosigkeit die Übergriffe nicht an. Doch gerade durch die Kontaktaufnahme mit der Polizei können Täter ermittelt und später strafrechtlich belangt werden. **Gerade beim Phänomen des Cyberstalkings hat sich erwiesen, dass ein frühes offensives Vorgehen seitens der Polizei der Schlüssel zu einer raschen Beendigung der Verfolgung, Belästigung und Bedrohung ist.**

Im Bereich der Digitalen Gewalt ist besonders die Präventionsarbeit von hoher Bedeutung. Denn ist erst ein kritischer Eintrag oder ein diffamierendes Foto im Internet erschienen, ist es oftmals schwer, diese auf Dauer aus dem Internet zu entfernen. Das Internet vergisst nie.

Der engagierten Aufklärungsarbeit des **Frauennotrufs Frankfurt** ist es zu verdanken, dass das Thema „Digitale Gewalt“ in Frankfurt zunehmend in den Blickwinkel der Öffentlichkeit und der Medien gerät. Der im Rahmen der Informationskampagne „Digitale Gewalt“ an Frankfurter Schulen vom Frauennotruf Frankfurt herausgegebene Flyer „Digitale Gewalt“ sowie der im Internet abrufbare Videoclip „Folgenschwer“ erweisen sich als sehr hilfreich, um Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrkräfte über das Thema zu informieren und aufzuklären.

In den letzten Jahren hat sich das Polizeipräsidium Frankfurt am Main diesem speziellen Bereich der Kriminalität angenommen und ist sehr um die Ergreifung der Täter bemüht. Darüber hinaus wird eine zielführende Präventionsarbeit in Begleitung mit Betreuungsmaßnahmen für die Opfer als zentraler Aufgabenbereich gesehen.

Wir möchten uns an dieser Stelle für die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Frauennotruf Frankfurt bedanken und sehen der weiteren Kooperation positiv entgegen.

SPURENSICHERUNG NACH SEXUELLER GEWALT

DIE DGGG INFORMIERT

LEITLINIE

Ärztliche Gesprächsführu
Untersuchung und Nachb
von Frauen nach mutmaß
sexueller Gewaltanwendu

AG Medizinrecht im Auftrag der DGGG

DGGG-Leitlinie

Als besonderen Erfolg werten wir, dass die Arbeitsgemeinschaft Medizinrecht im Auftrag der **Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (DGGG)** eine Leitlinie zur „Ärztlichen Gesprächsführung, Untersuchung und Nachbetreuung von Frauen nach mutmaßlicher sexueller Gewaltanwendung“ erarbeitet hat. Inhaltlich stützt sich die Leitlinie in wesentlichen Teilen auf den vom Hessischen Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit herausgegebenen Befundbogen. Mit der Leitlinie legt die DGGG den Standard für die medizinische Behandlung von Frauen fest, die sexuelle Gewalt erfahren haben, d. h. eine ärztliche Behandlung, die von dieser Vorgabe abweicht, sollte begründet sein. Die Beratungsstelle Frauennotruf war Teil der Arbeitsgruppe, die die Leitlinie 2009 erstellte.

Der Befundbogen und die Begleitmaterialien haben eine wichtige Lücke für die ärztliche Versorgung geschlossen. Mittlerweile ist es in Frankfurt und hessenweit gängige Praxis, dass alle Mädchen und Frauen, die zeitnah (innerhalb der ersten Tage) eine sexuelle Nötigung oder Vergewaltigung anzeigen, anhand des unter der Federführung des Frauennotrufs entwickelten Befundbogens medizinisch untersucht werden. **Die betroffenen Frauen beschreiben die Untersuchung ohne Ausnahme als besonders sorgfältig und umfassend.** Sie fühlten sich als Patientin medizinisch gut versorgt und empfanden das ärztliche Handeln durchgehend als professionell.

Aus Prozessbegleitungen und anhand von Berichten der Nebenklagevertretungen erfahren wir, dass der Befundbogen in der Hauptverhandlung die Befundlage klar darlegt. So bestätigte beispielsweise eine Ärztin, dass sie auch lang zurückliegende Untersuchungen und festgestellte Befunde anhand der eigenen Patientinnen-Akten auf Grundlage des Befundbogens sicher bestätigen kann.

Darüber hinaus startete die Beratungsstelle Initiativen zur Einführung des Befundbogens in ganz Deutschland.

Für eine verbesserte Versorgung und Befundung von Verletzungen nach häuslicher Gewalt/Körperverletzung setzte sich die Beratungsstelle auch auf dem **7. Hessischen Hausärztetag** in Frankfurt ein. Der Fachtag bot Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen und die hessischen Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen als kompetente Kooperationspartnerinnen vor Ort für die ärztliche Praxis zu präsentieren. Die Leitung des hessischen Hausärzteverbandes begrüßte ausdrücklich die Teilnahme der Mitarbeiterinnen der hessischen Frauennotrufe sowie die Präsentation der Befundbögen und Informationen zur ärztlichen Versorgung gewaltbetroffener Patientinnen.

Die Resonanz auf der Tagung war äußerst positiv. Über 100 Ärzte und Ärztinnen kontaktierten den Stand und fragten die Befundbögen und Informationsmaterialien an. Auffallend war, dass Ärztinnen und Ärzte aus eher ländlichen Gebieten etwas zögerlich reagierten. Sie schätzten die Gewaltproblematik eher als urbane Erscheinungsform ein.

DIE AUSSENDARSTELLUNG – SEXUELLE GEWALT NICHT AUSBLENDEN

Die Werbeagentur Y&R erarbeitet seit sechs Jahren pro bono Materialien für die Außendarstellung der Beratungsstelle. Gemeinsam mit dem Frauennotruf entwickelte die Agentur innovative Ideen insbesondere bei der Thematisierung sexualisierter Gewalt im öffentlichen Raum. Für die Kampagnen erhielten wir zahlreiche Preise.
In 2009 gelang es, den von Y&R und weiteren Bild-, Film- und Tonagenturen – pro bono – für uns entwickelten **Kinospot** „Stop die fremden Stimmen“ zu veröffentlichen. Der Kinospot ruft junge Frauen auf, nach sexueller, körperlicher oder psychischer Gewalt Hilfe in Anspruch zu nehmen. Er greift die häufig isolierte und verzweifelte Lage von Mädchen und jungen Frauen nach einem Angriff auf und ermutigt sie, aktiv zu werden und sich an unsere Beratungsstelle zu wenden. Machart und Tempo des Films sprechen insbesondere ein junges Publikum an.

Straßenbahn mit ÖPNV-Werbung

Die Außendarstellung hat für die Beratungsstelle einen hohen Stellenwert. Deswegen stehen die Ausgaben für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit nach den Personalkosten an zweiter Stelle. Es ist wichtig, immer wieder auf sexuelle Gewalt aufmerksam zu machen – ein Thema, das die Gesellschaft gerne ausblendet. Mit Werbung und Pressearbeit will die Beratungsstelle die Öffentlichkeit sensibilisieren und Diskussionen anregen. Alle betroffenen Frauen sollen wissen, dass es eine Anlaufstelle für sie gibt und dass die Beratungsstelle ihnen helfen kann.

Auswahl der Pressemeldungen

„Ärztliche Gesprächsführung, Untersuchung und Nachbetreuung von Frauen nach mutmaßlicher sexueller Gewaltanwendung“,
(DGGG-Leitlinie veröffentlicht in FRAUENARZT, 50/2009)

„Ärztliche Versorgung und Verletzungsfolgen nach häuslicher Gewalt“
(Stadt Frankfurt am Main, Presseinformation, 6. April 2009)

„Neues Formular hilft im Kampf gegen sexuelle Gewalt“ (Offenbach Post, 18. April 2009)

„Ärzte im Kampf gegen häusliche Gewalt gefragt“ (Ärztezeitung, 7. Mai 2009)

„Hilfe für Opfer illegaler Nacktfotos“ (hr-online, 4. Mai 2009)

„Digitale Rache“ (Frankfurter Rundschau, 17. April 2009)

„Fiese Rache“ (Rhein-Main Extra Tipp, 8. Mai 2009)

„Wenn das Handy zur Waffe wird…“ (Rhein-Main Extra Tipp, 1. November 2009)

„Digitale Gewalt – Frauennotruf geht in die Schulen“
(Frankfurter Rundschau, 9. November 2009)

„Frauennotruf – Videospot gegen digitale Gewalt“ (hr-online, 12. November 2009)

AUSBLICK – HOHE ZIELE FÜR 2010

Zum Thema **„Digitale Gewalt“** entwickelt unsere Beratungsstelle derzeit – ergänzend zum vorhandenen Material – eine Informationsbroschüre für Erwachsene, Eltern und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Schule und Jugendarbeit. Für den Herbst ist eine Fachtagung geplant.

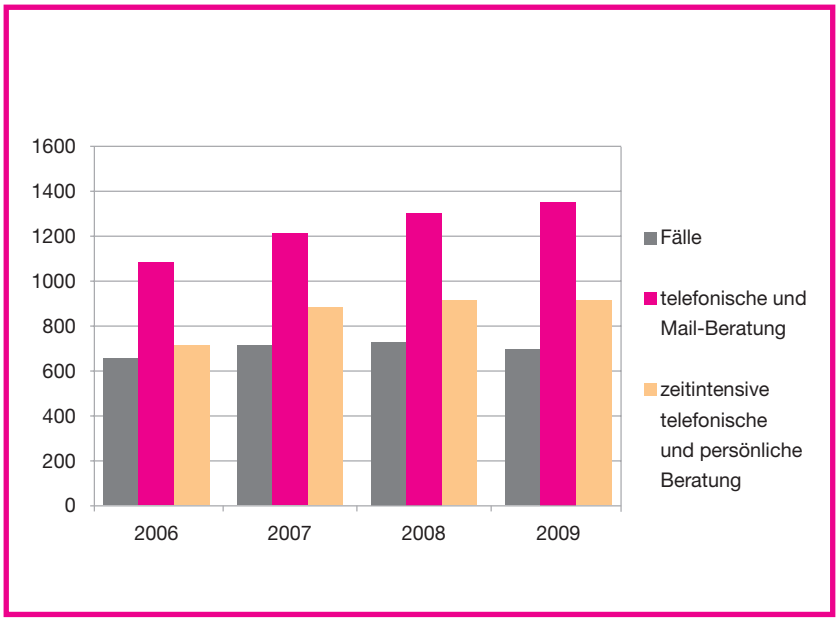
Weiterhin erstellt die Beratungsstelle in Kooperation mit den hessischen Frauennotrufen und Frauenberatungsstellen eine **Präventionsbroschüre zum Einsatz „Bewusstseinsbeeinträchtigender Substanzen“**. Im Mittelpunkt der Publikation stehen die sogenannten „KO-Tropfen“, die Täter Frauen verabreichen mit dem Ziel sie anschließend zu vergewaltigen.

Ein besonderes Anliegen ist uns, die medizinische Versorgung von Frauen und Mädchen nach Vergewaltigung/sexualisierter Gewalt zu verbessern. Mit einem verbindlichen Angebot der sogenannten **patientinnenbeauftragten Untersuchung** (ärztliche Untersuchung und Befundung ohne vorherige Anzeigeerstattung bei der Polizei) soll die Versorgung der Betroffenen optimiert werden. Wir gehen davon aus, dass mit diesem Angebot mittel- und langfristig die Hürde für die Anzeigenerstattung sinkt. Die Beweismittel sollen ein Jahr gelagert werden und so den Weg für eine spätere Anzeige erleichtern. Die Umsetzung ist zunächst mit der Gynäkologischen Poliklinik am Universitätsklinikum und dem Zentrum für Rechtsmedizin in Frankfurt geplant und soll auf ganz Hessen ausgeweitet werden.

Ein weiteres Ziel für das kommende Jahr ist die **Verbesserung der finanziellen Ausstattung des Vereins**. Da die Zuwendungen für unsere wichtigen Modellprojekte immer weiter abnehmen, benötigen wir dringend zusätzliche Spenden und Förderbeiträge, um unsere Beratungstätigkeit und Projekte auf hohem professionellem Niveau fortsetzen zu können.

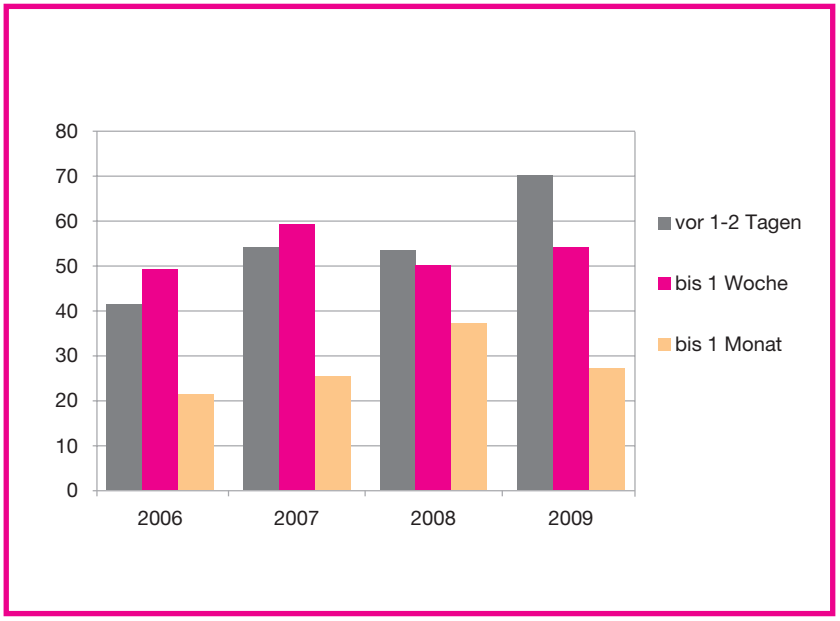
ZAHLEN UND FAKTEN 2009

Obwohl sich im Vergleich zum Vorjahr etwa 30 Betroffene weniger bei der Beratungsstelle meldeten (2009: 692 Fälle), war die Beratungsstelle nicht weniger ausgelastet. Betrachtet man die geleistete Beratungstätigkeit, so nimmt der Aufwand an Information, Klärung und Bewältigung (wie in den Jahren zuvor) kontinuierlich zu. Die statistische Erfassung zeigt, dass sich immer mehr Betroffene mit einem höheren Gesprächs-, Klärungs- und Unterstützungsbedarf an die Beratungsstelle wenden.



Fallzahlen und Entwicklung der persönlichen, telefonischen und Mail-Beratungen

Eine weitere Tendenz ist, dass sich immer mehr Frauen und Mädchen in den ersten Tagen und Wochen nach einem Angriff an die Beratungsstelle wandten. Dabei sind nicht die Fälle dargestellt, in denen es über einen längeren Zeitraum hinweg zu gewalttätigen Übergriffen kam. Auslöser sind vielmehr einmalige oder akute Vorfälle. Dies verlangt von den Mitarbeiterinnen eine hohe Flexibilität in der Umsetzung von zeitnahen Kriseninterventionen.



Zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme zurückliegende Tatzeit

Eine frühzeitig einsetzende Unterstützung kann vieles leisten:

- akute Klärung des Schutzbedarfes,
- sorgfältige medizinische Untersuchung und Befundsicherung/ Attestierung von Verletzungen,
- Prävention von Sekundärschädigungen durch belastende Reaktionen im privaten Umfeld oder in Institutionen, etc.

Krisenintervention

Betroffene müssen heute weniger Stellen kontaktieren, um zur richtigen Beratungsadresse zu kommen. Die Behörden verwiesen im vergangenen Jahr dreimal häufiger auf die Fachberatungsstelle als im Jahr zuvor.
Zentral für diesen Erfolg ist eine flexible Reaktion auf akute Anfragen. Dafür reichen aber auf Dauer die vorhandenen Kapazitäten nicht aus.

Insgesamt zugenommen haben:

- Beratungen unter Zuhilfenahme von Dolmetscherinnen,
- pro-aktive Verweise durch die Polizei,
- aufgelegte Anrufe außerhalb der Telefonsprechzeiten,
- Nachrichten auf dem Anrufbeantworter,
- Beratungen von Frauen, die angaben, sie hätten von einer Freundin gehört, im Frauennotruf gut beraten worden zu sein.

Auch im vergangenen Jahr gaben mehr Frauen Fälle von **digitaler Gewalt** an. Die Betroffenen berichteten von Bedrohungen, Nötigungen und Erpressungen, z. B. weil der Ex-Partner die Trennung nicht akzeptierte oder um das Tatopfer weiter einzuschüchtern. Den Frauen fällt es nicht leicht, z. B. über Handyaufnahmen der Vergewaltigung und deren Weiterverbreitung zu berichten. Die Belastungen, die sich daraus ergeben sind schwer zu ertragen.

Fast 40 % der Nutzerinnen in 2009 waren **Frauen mit gutem bis hohem Bildungsniveau**, die teilweise in sehr guten finanziellen Verhältnissen leben. Sie wandten sich mit der ganzen Bandbreite möglicher Gewalterfahrungen an die Beratungsstelle. Eine besondere Verbindung zwischen Lebenssituation und erlebter Form der Angriffe lässt sich nicht erkennen. Betroffene berichteten z. B. über lange Jahre in gewaltgeprägten Beziehungen gelebt zu haben und sich schwer daraus lösen zu können. In der Beratung konnten sie neue Lösungswege entwickeln.

Immer wieder zeigt sich, dass Frauen aus allen Altersgruppen, auch **ältere Frauen** im Alter zwischen 60 und 80 Jahren, Hilfe beim Frauennotruf suchen. Übergriffe auf ältere Frauen führen häufig zu einer zunächst unverständlich hohen Belastung, die sich erst erklärt, wenn frühere unbewältigte Gewalterfahrungen in der Kindheit/Jugend oder in der Ehe zu Tage kommen. Den Hintergrund für anhaltende Gewalt gegen ältere Frauen durch den Ehemann bilden nicht selten eine Alkoholproblematik und/oder Demenz. Aufgrund der Begrenztheit der Lebensspanne, der häufigen Altersarmut von Frauen und auch der abnehmenden psychischen Kräfte sind die möglichen Bewältigungsstrategien oft reduziert.

Auffallend viele Anrufe kamen von **mittelbar betroffenen Personen** (Angehörige, Freundinnen, Nachbarn, Arbeitskolleginnen), die als Außenstehende auf akute oder länger anhaltende Gewaltsituationen von Frauen reagierten. Sie erhielten Informationen zum Beratungsangebot sowie eine Orientierung, wie sie Betroffene unterstützen und mit der eigenen Belastung umgehen können.

Im Vergleich zum Vorjahr (116 Fälle) wendeten sich in 2009 nahezu ebenso viele Frauen und Mädchen (119) wegen **Vergewaltigung und sexueller Nötigung** an die Beratungsstelle. Nach wie vor gehen wir von einer hohen Dunkelziffer aus. Eine Ursache sehen wir in der für die betroffenen Frauen immer noch überwiegend negativen Reaktion ihrer Umwelt. Die Wahrscheinlichkeit, Vorurteilen zu begegnen, ist sehr groß. Betroffene, die sich durchringen, das Geschehene öffentlich zu machen, müssen immer noch damit rechnen, dass ihr Gegenüber ihnen nicht glaubt oder ihnen eine Mitschuld gibt.

HELFEN SIE FRAUEN UND MÄDCHEN IN GEWALTSITUATIONEN

Für die Betroffenen ist der Frauennotruf – auch mit Gebärden- und Sprachdolmetscherinnen – kostenlos. Aber jeder weiß, dass professionelle Beratung Geld kostet. Um unsere Arbeit weiterhin kompetent und engagiert fortzusetzen, sind wir auf Spenden angewiesen. Obwohl wir von der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen Unterstützung erhalten, reichen die Mittel bei Weitem nicht aus. Mit einer besseren finanziellen Ausstattung können wir viel bewirken und Frauen nach Gewaltdelikten effektiv unterstützen.

Wir sind für ALLE da.

Immer mehr Frauen aus allen sozialen Schichten melden sich bei uns. Aufgrund personeller Engpässe ist unsere Notrufnummer leider oft unterbesetzt. Frauen in akut kritischen Lebenssituationen müssen auf Gesprächstermine warten.

Sexuelle Gewalt kann alle Frauen treffen.

Wir dürfen Frauen nach Gewalterfahrungen nicht alleine lassen. Sie brauchen nicht nur medizinische Versorgung und Unterstützung bei der Bewältigung, sondern auch Beratung zu straf- und zivilrechtlichen Fragen, um sich vor weiteren Übergriffen zu schützen und dagegen vorzugehen. Unbewältigte Gewalterfahrungen können ein Leben lang nachwirken.

Helfen Sie dem Frankfurter Frauennotruf. Wir freuen uns über jede Spende.

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft
Konto Nr. 86 16 300
BLZ 550 205 00

Vielen Dank!

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Der Verein ist als mildtätig anerkannt.

069 70 94 94

FRAUENNOTRUF FRANKFURT